

<b>Zeitschrift:</b>	Schauplatz Spitex : Zeitschrift der kantonalen Spitex Verbände Zürich, Aargau, Glarus, Graubünden, Luzern, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau
<b>Herausgeber:</b>	Spitex Verband Kanton Zürich
<b>Band:</b>	- (2002)
<b>Heft:</b>	6
<b>Artikel:</b>	Brisanter Vorschlag von Santésuisse und SDK zur Finanzierung von Pflegekosten
<b>Autor:</b>	Zuberbühler, Hannes
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-822854">https://doi.org/10.5169/seals-822854</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 17.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Brisanter Vorschlag von Santésuisse und SDK zur Finanzierung von Pflegekosten

**Die älteren und sehr alten Menschen brauchen, als Kollektiv betrachtet, mehr Pflege als die Jüngeren. Die Finanzierung der «Alterspflege» bereitet den Krankenversicherungen Sorge.**

(ZU) Gemäss Santésuisse (Die Schweizerische Krankenversicherer) steigen ab 66 Jahren die Pflegekosten leicht an, ab 76 Jahren ist ein markanter Anstieg zu verzeichnen, und in der Altersgruppe der über 86-Jährigen machen die Pflegekosten etwa die Hälfte der Kosten der Grundversicherung aus. Die Pflegekosten zu lasten der Grundversicherung sind in den Jahren 1996 bis 2001 deutlich gestiegen: von 660 Mio. Franken auf 1275 Mio. Franken für Pflegeheime und von 133 Mio. Franken auf 278 Mio. Franken für die Spitez. Mit der Einführung der Kostenrechnung werden die Kassen noch mehr für die Pflegekosten bezahlen müssen. Die Neuregelung der Pflegekosten-Finanzierung ist deshalb für sie dringend.

Heute werde diese Kosten von allen mitgetragen, obwohl die Kosten für Pflegeheime und Spitez in der Regel erst im AHV-Alter anfallen. (infosantésuisse, Nr. 11/Nov. 2002). Weiter stellt Santésuisse fest, dass 80% der Prämienverbilligungen von Personen unter 45 Jahren bezogen werden. Deshalb dürfe man folgern, so Santésuisse, dass ältere Personen in der Regel über mehr Geld verfügten als junge Erwachsene (vor allem junge Familien). Etwas grob zusammengefasst heisst dies: Die Jungen

bezahlen die Pflegekosten der (wirtschaftlich besser gestellten) Alten. Die im Krankenversicherungsgesetz KVG festgeschriebene Solidarität wird damit strapaziert.

### Die Neuerungen

Auch die Schweizerische Sanitätsdirektorenkonferenz SDK scheint diese Einschätzung zu teilen. Die SDK und Santésuisse haben der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit eine Neuregelung der Pflegekosten-Finanzierung unterbreitet. Dieser Vorschlag sieht zwei Neuerungen vor: Die Versicherungen zahlen erstens einen Beitrag an die Pflege im bisherigen Rahmen, und die Pflegebedürftigen erhalten zweitens eine Rechnung für jene Kosten, die nicht von der Krankenversicherung übernommen werden.

Was ist neu an diesem Vorschlag? Das KVG verpflichtet die Kassen, die nachgewiesenen Kosten für die Pflege voluminös zu übernehmen. Mit dem Vorschlag von Santésuisse und SDK würden sie von dieser Verpflichtung entlastet, und der Tarifschutz würde aufgehoben. Spitez und Pflegeheime könnten für die kassenpflichtigen Leistungen ihre je eigenen Preise (Tarife) machen und der Kundschaft in Rechnung stellen; die Kassen würden bloss den vereinbarten Beitrag zurückerstatteten.

### Der Wettbewerb

SDK und Santésuisse betonen, dass die Kantone weiterhin einen bedarfsgerechten Beitrag an die Pflegekosten zu leisten hätten, in der Form von subjektbezogenen Beiträgen. Diese erhält aber nur, wer die Pflegekosten nicht mehr selbst bezahlen kann. Die «Flexibilisierung» der Pflegekosten-Finanzierung wurde zweifellos die betroffenen



Pflegebedürftigen finanziell (noch) stärker belasten. Unter den Leistungsanbietern könnte ein Preiswettbewerb entbrennen: Wer bietet die günstigste Pflege und Betreuung? Den Schaden haben Patientinnen und Patienten.

### Die Folgen

Wir bezahlen Prämien für eine soziale Grundversicherung. Diese erhält aber nur, wer die Pflegekosten nicht mehr selbst bezahlen kann. Die «Flexibilisierung» der Pflegekosten-Finanzierung wurde zweifellos die betroffenen

se gewährleistet uns heute (noch), dass wir im Krankheitsfall die notwendigen Therapie- und Pflegeleistungen erhalten, und zwar mit relativ geringer Kostenbelastung (abgesehen von Prämien, der Franchise und dem Selbstbehalt). Der SDK-/Santésuisse-Vorschlag will die Kassenleistungen einschränken. Unsere Grundversicherung würde so zu einer Beitrags-Versicherung: Wir bezahlen dann künftig vielleicht Prämien, damit unsere Krankenversicherung einen – je nach Finanzlage variablen – Beitrag an die Behandlungs- und Pflegekosten übernimmt. □

## Gegenseitige Pflichten nach Vertragsende

**Mit dem Ende eines Arbeitsverhältnisses bestehen laut Arbeitsrecht einige gegenseitige Verpflichtungen über das Vertragsende hinaus.**

(ZU) Die Arbeitgebenden müssen ein qualifiziertes Zeugnis ausstellen, das über die Art und Dauer der Anstellung sowie über die Leistungen und das Verhalten Auskunft gibt. Das Zeugnis muss wahrheitsgemäß, sachlich, vollständig und wohlwollend sein. Es muss auf die persönliche Entwicklung des Arbeitnehmenden eingehen und darf nicht einfach generelle Redewendungen enthalten. Der Anspruch auf ein Zeugnis ist 10 Jahre nach Vertragsende verjährt.

### Referenzen

Referenzauskünfte durch die Arbeitgebenden dürfen grundsätzlich nur mit Zustimmung der Arbeitnehmenden erteilt werden. Die Auskunft gebende Person hat dabei dieselben Grundsätze zu beachten wie beim Zeugnis.

### Aktenaufbewahrung

Nach Vertragsende müssen die Arbeitgebenden jene Daten aufbewahren, die sie zur Erfüllung

gesetzlicher Vorschriften brauchen (u. a. betreffend Ausländergesetzgebung, Steuergesetzgebung). Zu diesen Dokumenten gehören u. a. Buchhaltungsbelege, der Arbeitsvertrag, formelle, von beiden Parteien unterzeichnete Qualifikationen, Beitragszahlungen an Versicherungen. Lohnforderungen verjährten nach fünf Jahren, übrige Forderungen aus dem Arbeitsverhältnis nach zehn Jahren. Danach richtet sich auch die Aktenaufbewahrungsfrist. Während dieser Frist können ehemalige Angestellte Einsicht in die Akten nehmen.

### Geheimhaltungspflicht

Arbeitgebende müssen auch nach Vertragsende alles unterlassen, was der persönlichen Integrität, dem Ruf und dem wirtschaftlichen Fortkommen ehemaliger Angestellter schaden könnte. Sie dürfen Kenntnisse über persönliche Eigenschaften oder Angelegenheiten, von denen sie während des Arbeitsverhältnisses erfahren, nicht weitergeben. Die ehemaligen Arbeitnehmenden wiederum sind zur Verschwiegenheit verpflichtet; sie dürfen u. a. Fabrikationsgeheimnisse nicht weitergeben, und sie unterstehen – z. B. als (ehemalige) Spitez-Mitarbeitende – weiter dem Berufsgeheimnis.

Die Arbeitgebenden müssen die Pensionskasse über den Austritt informieren. Bei Kranktaggeldversicherungen besteht die Möglichkeit des Übertritts in eine Einzelversicherung. Die Versicherungsgesellschaft hat die Pflicht, die versicherte Person schriftlich darüber zu orientieren. Oft aber wird diese Orientierungspflicht den Arbeitgebenden übertragen, so dass diese die austretende Person informieren müssen. □

## Flexibel, aber nicht prekär

Frauen arbeiten überwiegend Teilzeit und oft im Niedriglohnbereich in nicht existenzsicheren Arbeitsverhältnissen. Sie spüren die Flexibilisierung der Arbeitswelt am meisten. Befristete Anstellungen, Arbeitsverträge ohne feste Pensen, Arbeit auf Abruf, Arbeit im Stundenlohn zu tiefen Ansätzen als die Kolleginnen und Kollegen im Normalarbeits-

verhältnis – all diese Formen von prekären oder problematischen Arbeitsverhältnissen werden in dem Buch «Flexibel, aber nicht prekär. Handbuch zur gleichstellungsgerechten Gestaltung flexibler Arbeitsverhältnisse» beleuchtet. Beschrieben wird anhand verschiedener Themen die Problematik, dann folgen Gleichstellungsziele und eine Checkliste, www.bfgzh.ch □

### Rückgabepflicht

Beide Parteien müssen nach Vertragsende alles zurückgeben, was der anderen Partei gehört. So müssen Arbeitgebende z. B. alle Zeugnisoriginal oder AHV-Karten den Austretenden zurückgeben.

### Informationspflichten

Informationspflichten bestehen vor allem bei den Versicherungen. Wenn Arbeitnehmende nicht sofort eine neue Tätigkeit mit Unfallversicherung aufnehmen, müssen sie bei der Krankenversicherung dafür sorgen, dass die Sistierung der Unfallversicherung aufgehoben wird. Die Arbeitgebenden müssen die Austretenden schriftlich darauf hinweisen, dass diese Meldung bei der Krankenversicherung innerst 30 Tagen zu machen ist.

Die Arbeitgebenden müssen die Pensionskasse über den Austritt informieren. Bei Kranktaggeldversicherungen besteht die Möglichkeit des Übertritts in eine Einzelversicherung. Die Versicherungsgesellschaft hat die Pflicht, die versicherte Person schriftlich darüber zu orientieren. Oft aber wird diese Orientierungspflicht den Arbeitgebenden übertragen, so dass diese die austretende Person informieren müssen.